

1979	Ausgegeben zu Bonn am 25. April 1979	Nr. 18
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
19. 4. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 6. Mai 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über den Luftverkehr	353
19. 4. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. April 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über den Fluglinienverkehr	361
11. 4. 79	Verordnung zu dem Abkommen vom 20. Juli 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Sachleistungen aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	368
	neu: 826-2-29	
19. 4. 79	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 3/79 — Zollkontingent für Walzdraht — 1. Halbjahr 1979)	371
	613-2-1	
30. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	373
4. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	373
4. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966	374
6. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen	374
9. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See	375
12. 4. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße	375

Gesetz
zu dem Abkommen vom 6. Mai 1976
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über den Luftverkehr

Vom 19. April 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 6. Mai 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 18 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 19. April 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
E. Franke

Der Bundesminister für Verkehr
K. Gscheidle

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister der Verteidigung
Hans Apel

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über den Luftverkehr

Accord
entre la République Fédérale d'Allemagne
et la République Algérienne Démocratique et Populaire
relatif au transport aérien

Die Bundesrepublik Deutschland
und

die Demokratische Volksrepublik Algerien,
im folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet —

in dem Wunsch, die Entwicklung des Luftverkehrs zwischen ihren jeweiligen Hoheitsgebieten zu fördern und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in möglichst großem Umfang fortzuführen, ausgehend von den Grundsätzen und Bestimmungen des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens und des Fluglinienplans bedeuten, soweit sich aus dem Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Hoheitsgebiet“: in bezug auf einen Staat die Landgebiete und angrenzenden Hoheitsgewässer, über die dieser Staat die Staatshoheit ausübt;
- b) „Luftfahrtbehörde“: in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf Algerien den für die Zivilluftfahrt zuständigen Minister oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- c) „bezeichnetes Unternehmen“: ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den vereinbarten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in Artikel 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

Artikel 2

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei die in diesem Abkommen aufgeführten Rechte zur Aufnahme des planmäßigen internationalen Fluglinienverkehrs auf den im Fluglinienplan angegebenen und in einem diplomatischen Notenwechsel vereinbarten Linien. Dieser Verkehr und diese Linien werden im folgenden als „vereinbarter Linienverkehr“ bzw. „vereinbarte Linien“ bezeichnet.

La République Fédérale d'Allemagne
et

la République Algérienne Démocratique et Populaire,
dénommées ci-après «Parties contractantes»,

désireuses de favoriser le développement du transport aérien entre leurs territoires respectifs et de poursuivre, dans la plus large mesure possible, la coopération internationale dans ce domaine, en s'inspirant des principes et des dispositions de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944,

sont convenues de ce qui suit:

Article 1

(1) Au sens du présent Accord et du Tableau des Routes et à moins qu'il n'en résulte autrement du texte:

- a) — le mot «territoire», lorsqu'il se rapporte à un Etat, s'entend les régions terrestres et les eaux territoriales y adjacentes sur lesquelles ledit Etat exerce sa souveraineté;
- b) — l'expression «autorités aéronautiques» signifie, en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des Transports et en ce qui concerne l'Algérie, le Ministre chargé de l'Aviation Civile, ou, dans l'un et l'autre cas, toute personne ou tout service autorisé à assumer les fonctions dévolues à ces autorités;
- c) — l'expression «entreprise désignée» signifie une entreprise de transport aérien qu'une Partie contractante désignera par écrit à l'autre Partie contractante conformément à l'article 3 du présent Accord, comme étant une entreprise qui exploitera les services aériens internationaux sur les routes convenues;

(2) Les termes «service aérien», «service aérien international» et «escale non commerciale» ont, pour l'application du présent Accord, la signification fixée à l'article 96 de la Convention du 7 décembre 1944 relative à l'Aviation Civile Internationale dans le dernier texte en vigueur.

Article 2

(1) Chaque Partie contractante accordera à l'autre Partie contractante les droits spécifiés au présent Accord en vue de l'établissement de services aériens internationaux réguliers sur les routes indiquées au Tableau des Routes et convenues par un échange de notes diplomatiques. Ces services et ces routes sont ci-après dénommés respectivement «services agréés» et «routes convenues».

(2) Vorbehaltlich dieses Abkommens genießt das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei bei der Durchführung des vereinbarten Linienverkehrs auf den vereinbarten Linien folgende Rechte:

- a) das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen,
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nicht gewerblichen Zwecken zu landen und
- c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den Punkten, die in den vereinbarten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und Fracht im internationalen Luftverkehr gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

Artikel 3

(1) Der Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den vereinbarten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, sofern

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 2 genannten Rechte gewährt sind, ein Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich des Artikels 10 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich.

(3) Die bezeichneten Unternehmen können aufgefordert werden, gegenüber den Luftfahrtbehörden der Vertragspartei, welche die Rechte gewährt, den Nachweis zu erbringen, daß sie in der Lage sind, den Erfordernissen der Gesetze und sonstigen Vorschriften zu genügen, die von diesen Behörden üblicherweise auf den Betrieb von gewerblichen Luftfahrtunternehmen angewandt werden.

(4) Eine Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß der überwiegende Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat, oder ihren Staatsangehörigen oder Körperschaften zustehen.

Artikel 4

(1) Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei jedoch nur nach einer Konsultation nach Artikel 12 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Eine Vertragspartei hat das Recht, durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes unter den Voraussetzungen des Artikels 3 zu ersetzen. Das neu

(2) Sous réserve des dispositions du présent Accord, l'entreprise désignée de chaque Partie contractante jouira, dans l'exploitation des services agréés sur les routes convenues, des droits ci-après:

- a) — le droit de survoler son territoire sans y faire escale,
- b) — le droit de faire dans son territoire des escales non commerciales et,
- c) — le droit de faire escale aux points de son territoire qui sont touchés par les routes convenues, en vue de débarquer et d'embarquer, en trafic international, à des fins commerciales, des passagers, du courrier et des marchandises.

Article 3

(1) L'exploitation des services aériens internationaux sur les routes convenues pourra commencer à tout moment sous réserve:

- a) — que la Partie contractante à laquelle les droits mentionnés au paragraphe 2 de l'article 2 sont accordés, ait désigné par écrit une entreprise et,
- b) — que la Partie contractante qui accorde ces droits ait autorisé ladite entreprise désignée à ouvrir les services aériens.

(2) Sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article et de celles de l'article 10 du présent Accord, la Partie contractante qui accorde ces droits donnera, sans délai, l'autorisation d'exploiter les services aériens internationaux.

(3) Les entreprises désignées pourront être appelées à fournir aux autorités aéronautiques de la Partie contractante qui concède les droits, la preuve qu'elles se trouvent en mesure de satisfaire aux exigences prescrites par les lois et règlements normalement appliqués par ces Autorités, au fonctionnement des entreprises commerciales de transport aérien.

(4) Chaque Partie contractante pourra refuser à une entreprise désignée par l'autre Partie contractante l'exercice des droits prévus à l'article 2 du présent Accord si ladite entreprise n'est pas en mesure d'apporter sur demande la preuve qu'une part prépondérante de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise sont entre les mains de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise ou de nationaux-personnes physiques ou morales — de celle-ci.

Article 4

(1) Chaque Partie contractante pourra révoquer l'autorisation accordée an application du paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord, ou la soumettre à des conditions restrictives si une entreprise désignée ne se conforme pas aux lois et règlements de la Partie contractante qui accorde les droits, n'observe pas les dispositions du présent Accord ou ne remplit pas les obligations qui en découlent. Il en sera de même si la preuve mentionnée au paragraphe 4 de l'article 3 du présent Accord n'est pas apportée. Toutefois, chaque Partie contractante ne fera usage de ce droit qu'après une consultation, conformément à l'article 12 du présent Accord, à moins qu'un arrêt immédiat de l'exploitation ou l'application immédiate de conditions restrictives ne soient nécessaires pour prévenir de nouvelles infractions aux lois ou règlements.

(2) Chaque Partie contractante aura le droit, moyennant notification écrite de l'autre Partie contractante, de remplacer par une autre entreprise, dans les conditions prévues à l'article 3 du présent Accord, une entreprise

bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es gesetzt wurde.

Artikel 5

(1) Die von dem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei im internationalen Luftverkehr verwendeten Luftfahrzeuge sowie ihre normale Ausrüstung, ihre Reserven an Treibstoff und Schmieröl, ihre Bordvorräte (einschließlich Lebensmittel, Getränke und Tabak) bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von allen Zöllen, Inspektionskosten und anderen ähnlichen Gebühren und Abgaben frei, sofern diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte bis zu ihrer Wiederausfuhr an Bord der Luftfahrzeuge bleiben. Die Luftfahrzeuge bleiben gegebenenfalls unter der Überwachung der Zollbehörden.

(2) Von allen Zöllen, Inspektionskosten und anderen ähnlichen Gebühren und Abgaben mit Ausnahme der Vergütungen oder Gebühren für geleistete Dienste werden ebenfalls befreit

- a) Bordvorräte, Bordausrüstungen und andere an Bord mitgeführte verbrauchbare Gegenstände jeden Ursprungs, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei im Rahmen der von den Behörden dieser Vertragspartei festgelegten Höchstgrenzen beschafft und von den Luftfahrzeugen, die einen internationalen Linienverkehr der anderen Vertragspartei durchführen, an Bord genommen werden;
- b) Ersatzteile, die in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zur Instandhaltung oder Instandsetzung von Luftfahrzeugen eingeführt werden, die von dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei in der internationalen Luftfahrt verwendet werden;
- c) Treibstoffe und Schmieröl, die zur Versorgung der von dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeuge bestimmt sind, auch wenn diese Vorräte auf dem Streckenteil verwendet werden, der über dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei liegt, in dem sie an Bord genommen wurden.

Jede Vertragspartei kann die bezeichneten Waren unter zollamtlicher Überwachung halten.

(3) Normale Bordausrüstungen sowie Materialien und Vorräte, die sich an Bord der Luftfahrzeuge einer Vertragspartei befinden, können im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Hoheitsgebiets ausgeladen werden. In diesem Fall können sie bis zu ihrer Wiederausfuhr oder ihrer zollamtlichen Anmeldung von den genannten Behörden überwacht werden.

Artikel 6

(1) Den bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsparteien wird eine gerechte und gleiche Behandlung zugesichert, damit sie für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs gleiche Möglichkeiten haben.

(2) Bei dem Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs auf den vereinbarten Linien nimmt das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Auf jeder der im Fluglinienplan bezeichneten Linien dient der vereinbarte Linienverkehr dazu, zu einem für angemessen erachteten Nutzungskoeffizienten ein

désignée par elle. La nouvelle entreprise désignée jouira des mêmes droits et sera soumise aux mêmes obligations que l'entreprise à laquelle elle a été substituée.

Article 5

(1) Les aéronefs utilisés en trafic international par l'entreprise désignée d'une Partie contractante ainsi que leurs équipements normaux, leurs réserves de carburants et lubrifiants, leurs provisions de bord (y compris les denrées alimentaires, les boissons et tabacs) seront, à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante, exonérés de tous droits de douane, frais d'inspection et autres droits et taxes similaires, à condition que ces équipements et approvisionnements demeurent à bord des aéronefs jusqu'à leur réexportation. Les aéronefs restent soumis au contrôle éventuel du Service des Douanes.

(2) Seront également exonérés de tous droits de douane, frais d'inspection et autres droits ou taxes similaires, à l'exception des redevances ou taxes représentatives de service rendu:

- a) — les provisions, équipements et autres objets consommables de bord de toute origine pris sur le territoire d'une Partie contractante, dans les limites fixées par les autorités de ladite Partie contractante et embarqués sur les aéronefs assurant un service international de l'autre Partie contractante,
- b) — les pièces de rechange importées sur le territoire de l'une des Parties contractantes pour l'entretien ou la réparation des aéronefs employés à la navigation internationale de l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante,
- c) — les carburants et lubrifiants destinés à l'avitaillement des aéronefs exploités en trafic international par l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante même lorsque ces approvisionnements doivent être utilisés sur la partie du trajet effectuée au-dessus du territoire de la Partie contractante sur lequel ils ont été embarqués.

Chaque Partie contractante peut garder les marchandises indiquées ci-dessus sous contrôle douanier.

(3) Les équipements normaux de bord, ainsi que les matériels et approvisionnements se trouvant à bord des aéronefs d'une Partie contractante ne pourront être déchargés sur le territoire de l'autre Partie contractante qu'avec le consentement des autorités douanières de ce territoire. En ce cas, ils pourront être placés sous la surveillance desdites autorités jusqu'à ce qu'ils soient réexportés ou qu'ils aient fait l'objet d'une déclaration de douane.

Article 6

(1) Les entreprises désignées des deux Parties contractantes seront assurées d'un traitement juste et équitable, afin de bénéficier de possibilités égales pour l'exploitation des services agréés.

(2) En exploitant les services agréés sur les routes convenues, l'entreprise désignée par une Partie contractante tiendra compte des intérêts de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante, afin de ne pas affecter indûment les services que cette dernière entreprise exploite sur tout ou partie des mêmes routes.

(3) Sur chacune des routes énumérées au Tableau des Routes, les services agréés auront pour objectif la mise en œuvre, à un coefficient d'utilisation tenu pour rai-

Beförderungsangebot bereitzustellen, das dem üblichen und vernünftigerweise voraussehbaren Bedarf des internationalen Luftverkehrs von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das diesen Verkehr betreibende Unternehmen bezeichnet hat.

(4) Das Recht des bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei, im internationalen Luftverkehr zwischen dem im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten der vereinbarten Linien und Punkten in dritten Staaten Fluggäste, Post und Fracht aufzunehmen und abzusetzen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(5) Das bereitzustellende Beförderungsangebot, die Linienfrequenz und die von den bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien zum Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs zu benutzenden Flugzeugtypen sind zwischen den bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien auf der Grundlage der in den Absätzen 1 bis 4 vorgesehenen Grundsätze zu vereinbaren, wobei diese Vereinbarung von den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien genehmigt werden muß.

(6) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien keine Einigung zustande, so werden die in Absatz 5 genannten Punkte von den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien einvernehmlich geregelt.

(7) Bis zu einer Einigung der bezeichneten Unternehmen nach Absatz 5 oder der Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien nach Absatz 6 bleiben die bestehenden Betriebsbedingungen in Kraft.

Artikel 7

(1) Die bezeichneten Unternehmen legen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor Aufnahme ihres jeweiligen Linienverkehrs die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugtypen und die Flugpläne zur Genehmigung vor. Entsprechendes gilt für etwaige spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den vereinbarten Linien von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 8

Jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei kann in den Flughäfen und Städten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Sieht ein bezeichnetes Unternehmen von der Einrichtung einer eigenen Organisation in den Flughäfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ab, so läßt es

sonnable, d'une capacité adaptée aux besoins normaux et raisonnablement prévisibles du trafic aérien international en provenance ou à destination du territoire de la Partie contractante qui aura désigné l'entreprise exploitant lesdits services.

(4) Le droit pour l'entreprise désignée d'une Partie contractante d'embarquer et de débarquer, en trafic international, des passagers, du courrier et des marchandises sur le territoire de l'autre Partie contractante entre les points des routes convenues et des points situés dans des Etats tiers sera exercé dans l'intérêt d'un développement ordonné des transports aériens internationaux de telle sorte que la capacité soit adaptée:

- a) — à la demande de trafic à destination ou en provenance du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise,
- b) — à la demande de trafic existant dans les régions traversées, compte tenu des services aériens locaux et régionaux,
- c) — aux exigences d'une exploitation rentable des routes en transit.

(5) La capacité à mettre en œuvre, la fréquence des services et les types d'avions à utiliser par les entreprises désignées des Parties contractantes pour l'exploitation de services agréés doivent être convenus entre les entreprises désignées des Parties contractantes sur la base des principes retenus aux paragraphes 1 à 4 ci-dessus, cette entente devant recevoir l'approbation des autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

(6) Si les entreprises désignées des Parties contractantes ne parviennent pas à se mettre d'accord, les points repris au paragraphe 5 seront tranchés par accord des autorités aéronautiques des Parties contractantes.

(7) En attendant qu'un accord intervienne entre les entreprises désignées selon le paragraphe 5 ou entre les autorités aéronautiques des Parties contractantes selon le paragraphe 6 les conditions d'exploitation existantes restent en vigueur.

Article 7

(1) Les entreprises désignées soumettront pour approbation aux autorités aéronautiques des Parties contractantes, trente jours au plus tard avant la mise en exploitation de leurs services respectifs, la nature des services, les types d'avions envisagés, ainsi que les horaires. La même règle s'applique par analogie aux changements éventuels ultérieurs.

(2) L'autorité aéronautique de l'une des Parties contractantes fournira sur demande à l'autorité aéronautique de l'autre Partie contractante toutes données statistiques régulières ou autres des entreprises désignées pouvant être équitablement sollicitées pour contrôler la capacité de transport offerte par une entreprise désignée par la première Partie contractante sur les routes convenues. Ces données contiendront toutes les indications nécessaires pour déterminer le volume ainsi que l'origine et la destination du trafic.

Article 8

Toute entreprise désignée par une Partie contractante pourra entretenir et occuper pour ses affaires son propre personnel dans les aéroports et les villes du territoire de l'autre Partie contractante dans lesquels elle a l'intention d'avoir sa représentation. Si une entreprise désignée renonce à établir une organisation propre dans les aéroports situés sur le territoire de l'autre Partie contractante, elle chargera, autant que possible, des travaux

nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal eines solchen Flughafens oder des von der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Unternehmens ausführen.

Artikel 9

Eine Vertragspartei gewährt dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, den in ihrem Hoheitsgebiet durch Beförderung von Fluggästen, Post und Fracht erzielten Einnahmeüberschuß nach den im Devisengeschäft geltenden Bestimmungen zum amtlichen Wechselkurs frei zu transferieren.

Artikel 10

(1) Die Tarife, die auf den vereinbarten Linien für Fluggäste und Fracht angewendet werden, werden unter Berücksichtigung aller Kriterien, insbesondere der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien sowie der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie zwischen den bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei richten sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen, die auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen vereinbaren nach einer Beratung mit den Luftfahrtunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, die Tarife wenn möglich unmittelbar.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Vereinbarung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, einvernehmlich fest.

(5) Wird zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien ein Einvernehmen nach Absatz 4 nicht erzielt, so wird Artikel 14 angewendet. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, kann die Vertragspartei, die sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt hat, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs verlangen.

Artikel 11

Nach Bedarf und im Geist einer engen Zusammenarbeit treten die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien in Verbindung, um sich von der befriedigenden Anwendung dieses Abkommens zu überzeugen und gegebenenfalls Änderungen des Fluglinienplans zu vereinbaren.

Artikel 12

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der An-

eventuels le personnel d'un tel aéroport ou de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord.

Article 9

Chaque Partie contractante accordera à l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante le droit de transférer librement au taux du change officiel l'excédent des recettes sur les dépenses réalisées sur son territoire à raison du transport de passagers, de courrier et de marchandises, conformément aux dispositions en vigueur en matière de change.

Article 10

(1) Les tarifs qui sont appliqués sur les routes convenues aux passagers et aux marchandises, seront établis compte tenu de tous les éléments d'appréciation et notamment du coût d'exploitation, d'un bénéfice raisonnable, des conditions particulières des diverses routes ainsi que des tarifs appliqués par d'autres entreprises desservant tout ou partie de la même route.

(2) Les tarifs seront convenus, si possible, pour chaque route entre les entreprises désignées. A cet égard, les entreprises désignées tiendront compte des décisions applicables en vertu de la procédure pour l'établissement des tarifs fixée par l'Association de Transport Aérien International (I.A.T.A.), ou bien elles conviendront de ces tarifs si possible directement entre elles, après consultation des entreprises de transport aérien d'Etats tiers qui desservent tout ou partie de la même route.

(3) Les tarifs ainsi convenus seront soumis à l'approbation des autorités aéronautiques des Parties contractantes au moins trente jours avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Ce délai pourra être abrégé dans certains cas, si les autorités aéronautiques y consentent.

(4) Si les entreprises désignées ne parviennent pas à convenir des tarifs, conformément au paragraphe 2 du présent article, ou si une Partie contractante déclare ne pas pouvoir consentir aux tarifs qui lui ont été soumis conformément au paragraphe 3 du présent article, les autorités aéronautiques des Parties contractantes établiront ces tarifs par accord mutuel pour les routes et sections de routes sur lesquelles une entente n'a pas été réalisée.

(5) Si un accord conformément au paragraphe 4 du présent article n'est pas réalisé entre les autorités aéronautiques des Parties contractantes, l'article 14 du présent Accord sera applicable. Tant qu'une sentence arbitrale n'aura pas été rendue, la Partie contractante qui n'aura pas consenti à un tarif aura le droit d'exiger de l'autre Partie contractante le maintien du tarif précédemment en vigueur.

Article 11

Si besoin est, et dans l'esprit d'une étroite coopération, les autorités aéronautiques des Parties contractantes se rapprocheront, afin de s'assurer de l'application de façon satisfaisante des dispositions du présent Accord et, le cas échéant, de convenir de modifications à apporter au Tableau des Routes.

Article 12

En vue d'examiner les modifications à apporter au présent Accord ou au Tableau des Routes ou d'examiner des questions d'interprétation chaque Partie contractante pourra, à tout moment, demander qu'une consultation ait

wendung des Abkommens oder der Änderungen des Fluglinienplans, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei das Verfahren nach Artikel 11 ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 13

(1) Wird nach Abschluß der Treffen zwischen den Luftfahrtbehörden nach Artikel 11 oder der Konsultation zwischen den Vertragsparteien nach Artikel 12 eine Änderung des Fluglinienplans vereinbart, so tritt diese nach einem diplomatischen Notenwechsel in Kraft.

(2) Vereinbaren die Vertragsparteien Änderungen dieses Abkommens, so treten diese gemäß Artikel 18 in Kraft.

Artikel 14

(1) Kann eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 12 beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von sechzig Tagen, der Obmann innerhalb von neunzig Tagen bestellt, nachdem eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung eine Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus irgendeinem Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der Angehöriger eines dritten Staates ist, die Ernennung vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 15

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 12 statt.

Artikel 16

Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit durch Notifikation an die andere Vertragspartei kündigen. Die Notifikation ist gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zu übermitteln.

lieu. Il en sera de même en ce qui concerne l'examen de l'application de l'Accord ou des modifications à apporter au Tableau des Routes, si, de l'avis de l'une des Parties contractantes, la procédure prévue à l'article 11 n'a pas abouti. La consultation commencera dans un délai de soixante jours après réception de la demande par l'autre Partie contractante.

Article 13

(1) Dans le cas où une modification aura été convenue au Tableau des Routes à l'issue des rencontres prévues à l'article 11 entre les autorités aéronautiques ou de consultation entre les Parties contractantes, conformément à l'article 12, cette modification entrera en vigueur après un échange de notes diplomatiques.

(2) Dans le cas où les Parties contractantes s'entendraient sur des modifications du présent Accord, ces modifications entreraient en vigueur conformément aux dispositions de l'article 18.

Article 14

(1) Dans le cas où un différend, relatif à l'interprétation ou l'application du présent Accord ne pourra être réglé conformément à l'article 12, il sera soumis à un tribunal arbitral, à la demande de l'une des Parties contractantes.

(2) Le tribunal arbitral sera constitué ad hoc de telle manière que chaque Partie contractante désignera un arbitre et que ces deux arbitres choisiront comme président, d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers qui sera désigné par les gouvernements des Parties contractantes. Les arbitres devront être désignés dans les soixante jours et le président dans les quatre-vingt-dix jours après que l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre Partie contractante son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

(3) Si les délais prévus au paragraphe 2 du présent article ne sont pas observés, chaque Partie contractante pourra, à défaut d'un autre arrangement, prier le Président du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.) de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président possède la nationalité de l'une des deux Parties contractantes ou s'il est empêché par l'une ou l'autre raison, c'est au Vice-Président, ressortissant d'un pays tiers, qu'il appartiendra de procéder aux nominations nécessaires.

(4) Le tribunal arbitral décidera à la majorité des voix. Ses décisions seront obligatoires pour les deux Parties contractantes. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son arbitre ainsi que de sa représentation dans la procédure devant le tribunal arbitral; les frais du président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les Parties contractantes. Pour le reste, le tribunal arbitral réglera lui-même sa procédure.

Article 15

Si les deux Parties contractantes adhèrent à une même convention multilatérale générale sur les transports aériens, les dispositions de cette dernière primeront celles du présent Accord. Les pourparlers tendant à établir dans quelle mesure une convention multilatérale abroge, remplace, modifie ou complète le présent Accord, auront lieu conformément à l'article 12.

Article 16

Chaque Partie contractante pourra, à tout moment, par notification à l'autre Partie contractante dénoncer le présent Accord. Une telle notification sera communiquée simultanément à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam, sofern die Notifikation nicht vor Ablauf dieser Zeit einvernehmlich zurückgenommen wird.

Bestätigt die Vertragspartei, die eine derartige Notifikation erhält, den Empfang nicht, so gilt als Eingangstag der fünfzehnte Tag nach Eingang der Notifikation am Sitz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation.

Artikel 17

Dieses Abkommen, alle Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 1 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 18

Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die beiden Regierungen einander auf diplomatischem Wege mitteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Bonn am 6. Mai 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

La dénonciation prendra effet douze mois après la date de réception de la notification par l'autre Partie contractante, à moins que cette notification ne soit retirée, d'un commun accord, avant la fin de cette période.

Au cas où la Partie contractante qui recevrait une telle notification n'en accuserait pas réception, ladite notification serait tenue pour reçue quinze jours après sa réception au siège de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Article 17

Le présent Accord, toutes les modifications et, tout échange de notes effectué conformément au paragraphe 1 de l'article 2, seront communiqués pour enregistrement à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Article 18

Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après la date à laquelle les deux Gouvernements se seront mutuellement notifiés par voie diplomatique l'accomplissement des formalités constitutionnelles qui leur sont propres.

FAIT à Bonn le 6 mai 1976, en double exemplaire, en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République Fédérale d'Allemagne

Peter Hermes

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien
Pour la République Algérienne
Démocratique et Populaire

M. Sahnoun

Gesetz
zu dem Abkommen vom 30. April 1974
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Staat Kuwait
über den Fluglinienverkehr

Vom 19. April 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kuwait am 30. April 1974 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über den Fluglinienverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 19. April 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
E. Franke

Der Bundesminister für Verkehr
K. Gscheidle

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister der Verteidigung
Hans Apel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Staat Kuwait
über den Fluglinienverkehr**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the State of Kuwait
for Air Services**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Staates Kuwait —

von dem Wunsch geleitet, den Fluglinienverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait zu entwickeln und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im größtmöglichen Umfang zu fördern,

in dem Wunsch, auf diesen Linienverkehr die Grundsätze und Bestimmungen des am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt anzuwenden —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“: in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr; in bezug auf den Staat Kuwait das Generaldirektorium für Zivilluftfahrt; oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „bezeichnetes Unternehmen“: ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Linien einen vereinbarten Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landing zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt festgelegte Bedeutung.

Artikel 2

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei die in diesem Abkommen festgelegten Rechte, um es ihrem bezeichneten Unternehmen zu ermöglichen, auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien einen internationalen Fluglinienverkehr einzurichten und zu betreiben (im folgenden als „vereinbarter Linienverkehr“ und „festgelegte Linien“ bezeichnet); der Fluglinienplan ist in einem Notenwechsel zwischen den Regierungen der Vertragsparteien zu vereinbaren.

(2) Nach Maßgabe dieses Abkommens genießt das von einer Vertragspartei bezeichnete Unternehmen beim Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs auf einer festgelegten Linie folgende Rechte:

The government of the Federal Republic of Germany
and
the government of the State of Kuwait,

desiring to foster the development of air services between the Federal Republic of Germany and the State of Kuwait, and to promote in the greatest possible measure international co-operation in this field;

desiring to apply to these services the principles and provisions of the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on the seventh day of December 1944,

have agreed as follows:

Article 1

(1) For the purpose of the present Agreement, unless the text otherwise requires:

- a) the term "aeronautical authorities" shall mean in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Transport; in the case of the State of Kuwait, the Directorate General of Civil Aviation, or in both cases any other person or agency authorized to perform the functions exercised by the said authorities;
- b) the term "designated airline" shall mean an airline that one Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party in accordance with Article 3 of the present Agreement as being an airline which is to operate the agreed air services on the routes specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement.

(2) The terms "territory", "air service", "International air service" and "stop for non-traffic purposes" shall, for the purpose of the present Agreement, have the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention.

Article 2

(1) Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the rights specified in the present Agreement to enable its designated airline to establish and operate international air services on the routes specified in the route Schedule (hereinafter called "agreed services" and "specified routes" respectively) to be agreed upon in an exchange of notes between the Governments of the Contracting Parties.

(2) Subject to the provisions of the present Agreement, the designated airline of each Contracting Party shall enjoy, while operating an agreed service on a specified route, the following privileges:

- | | |
|--|--|
| <p>a) das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Landung zu überfliegen;</p> <p>b) in dem genannten Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen;</p> <p>c) in dem genannten Hoheitsgebiet an jedem für diese Linie im Fluglinienplan festgelegten Punkt zu landen, um Fluggäste, Post und Fracht im internationalen Verkehr abzusetzen oder aufzunehmen.</p> | <p>a) to fly without landing across the territory of the other Contracting Party;</p> <p>b) to make stops in the said territory for non-traffic purposes; and</p> <p>c) to make stops in the said territory at the point or points specified for that route in the route Schedule for the purpose of discharging and of taking on international traffic in passengers, mail and cargo.</p> |
|--|--|

Artikel 3

(1) Der vereinbarte Linienverkehr auf den nach Artikel 2 Abs. 1 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Abs. 2 genannten Rechte gewährt worden sind, ein Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 die Genehmigung zum Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs unverzüglich, sofern nach Artikel 9 ein Tarif hierfür festgesetzt worden ist.

(3) Eine Vertragspartei kann von einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch Gesetze und sonstige Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei vorgeschrieben sind und von dieser unter Anlegung eines vernünftigen Maßstabes in üblicher Weise auf den Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs angewendet werden.

(4) Eine Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Eine Vertragspartei ist berechtigt, die Ausübung der in Artikel 2 genannten Rechte durch ein bezeichnetes Unternehmen zeitweilig zu unterbrechen oder ihm für die Ausübung dieser Rechte jede von ihr für erforderlich gehaltene Auflage zu machen, wenn das Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei nicht befolgt oder die Bedingungen dieses Abkommens nicht einhält; von diesem Recht wird nur nach Konsultation mit der anderen Vertragspartei Gebrauch gemacht, es sei denn, daß eine sofortige Unterbrechung oder sofortige Auflagen zur Verhinderung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften als erforderlich erachtet werden oder im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt liegen.

(2) Bei Maßnahmen einer Vertragspartei nach Absatz 1 bleiben die Rechte der anderen Vertragspartei unberührt.

Artikel 5

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeich-

Article 3

(1) The agreed services on the routes specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement may be started at any time, provided:

- a) the Contracting Party to whom the rights specified in paragraph (2) of Article 2 have been granted, has designated an airline in writing, and
- b) the Contracting Party granting these rights has authorized the designated airline to initiate the air services.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs (3) and (4) of this Article, give without undue delay the said authorization to operate the agreed services, provided that a tariff in respect of the agreed services shall have been established in accordance with the provisions of Article 9 of the present Agreement.

(3) The airline designated by either Contracting Party may be required to satisfy the other Contracting Party that it is qualified to fulfil the conditions prescribed by the laws and regulations normally and reasonably applied by this Contracting Party to the operation of international air services.

(4) Each Contracting Party may withhold the exercise of the privileges provided for in Article 2 of the present Agreement from an airline designated by the other Contracting Party if such airline is not able to prove upon request that substantial ownership and effective control of such airline are vested in the Contracting Party designating the airline or in its nationals or Corporations.

Article 4

(1) Each Contracting Party shall have the right to suspend the exercise by a designated airline of the privileges specified in Article 2 of the present Agreement or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise by that airline of those privileges where the airline fails to comply with the laws or regulations of the Contracting Party granting those privileges or otherwise fails to operate in accordance with the conditions prescribed in the present Agreement; provided that, unless immediate suspension or imposition of conditions is considered necessary to prevent further infringement of laws or regulations or is in the interest of aviation safety, this right shall be exercised only after consultation with the other Contracting Party.

(2) In the event of action by one Contracting Party under this Article, the rights of the other Contracting Party shall not be prejudiced.

Article 5

The charges imposed in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other aviation facilities on the aircraft of a designated airline of the

neten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, sind nicht höher als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalem Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

(1) Die vom bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei im internationalen Fluglinienverkehr verwendeten Luftfahrzeuge sowie die an Bord befindlichen üblichen Ausrüstungsgegenstände, Treibstoff-, Schmieröl- und Bordvorräte (einschließlich von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren) bleiben bei der Landung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei frei von Zöllen, Inspektionsgebühren und sonstigen Gebühren oder Abgaben, sofern diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte bis zum Zeitpunkt der Wiederausfuhr an Bord der Luftfahrzeuge bleiben.

(2) Von derartigen Gebühren und Abgaben, mit Ausnahme der für Dienstleistungen erhobenen Gebühren und Abgaben, befreit sind ferner

- a) im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei an Bord genommene Bordvorräte jeder Herkunft, die sich innerhalb der von den Behörden dieser Vertragspartei festgesetzten Grenzen halten und zum Verbrauch an Bord von im internationalen Fluglinienverkehr eingesetzten, ins Ausland fliegenden Luftfahrzeugen der anderen Vertragspartei bestimmt sind;
- b) in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eingeführte Ersatzteile zur Wartung oder Instandsetzung von Luftfahrzeugen, die vom bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden;
- c) Treibstoffe und Schmieröle, die zur Versorgung ins Ausland fliegender Luftfahrzeuge bestimmt sind, welche das bezeichnete Unternehmen der anderen Vertragspartei im internationalen Fluglinienverkehr einsetzt, auch wenn diese Vorräte auf dem Teil der Flugstrecke verbraucht werden sollen, der über das Hoheitsgebiet der Vertragspartei führt, in welchem diese Vorräte an Bord genommen werden.

(3) Die üblichen Flugausrüstungsgegenstände sowie die an Bord der Luftfahrzeuge einer Vertragspartei befindlichen Materialien und Vorräte können im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur mit Genehmigung der Zollbehörden dieses Hoheitsgebiets ausgeladen werden. In diesem Falle können sie der Aufsicht der genannten Behörden bis zu dem Zeitpunkt unterstellt werden, in welchem sie wieder ausgeführt werden oder nach Maßgabe der Zollvorschriften anderweitig über sie verfügt wird.

Artikel 7

(1) Dem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf jeder nach Artikel 2 Abs. 1 festgelegten Linie zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs auf den nach Artikel 2 Abs. 1 festgelegten Linien nimmt das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der von einem bezeichneten Unternehmen unterhaltene vereinbarte Linienverkehr hat den Hauptzweck, bei einem angemessenen Ladefaktor ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das dem jeweiligen und dem normalerweise voraussehbaren Beförderungsbedarf für Fluggäste, Post und Fracht mit Ursprungs- oder Be-

other Contracting Party shall not be higher than those imposed on aircraft of a national airline engaged in similar international air services.

Article 6

(1) Aircraft operated on international air services by the designated airline of one Contracting Party, as well as their regular equipment, supplies of fuels and lubricants and aircraft stores (including food, beverages and tobacco) on board such aircraft shall be exempt from all customs duties, inspection fees and other duties or taxes on arriving in the territory of the other Contracting Party, provided such equipment and supplies remain on board the aircraft up to such time as they are re-exported.

(2) There shall also be exempt from the same duties and taxes, with the exception of charges or taxes corresponding to the service performed:

- a) aircraft stores of all origin taken on board in the territory of a Contracting Party, within limits fixed by the authorities of the said Contracting Party, and for use on board outbound aircraft engaged in an international air service of the other Contracting Party;
- b) Spare parts introduced into the territory of either Contracting Party for the maintenance or repair of aircraft used on international air services by the designated airline of the other Contracting Party;
- c) Fuel and lubricants destined to supply outbound aircraft operated on international air services by the designated airline of the other Contracting Party even when these supplies are to be used on the part of the journey performed over the territory of the Contracting Party in which they are taken on board.

(3) The regular airborne equipment, as well as the materials and supplies retained on board the aircraft of one Contracting Party may be unloaded in the territory of the other Contracting Party only with the approval of the customs authorities of such territory. In such case, they may be placed under the supervision of the said authorities up to such time as they are re-exported or otherwise disposed of in accordance with customs regulations.

Article 7

(1) There shall be fair and equal opportunity for the designated airline of each Contracting Party to operate air services on any route specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement.

(2) In the operation of agreed services on the routes specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement, the designated airline of either Contracting Party shall take into account the interests of the designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the whole routes or parts thereof.

(3) The agreed services provided by a designated airline shall retain as their primary objective the provision at a reasonable load factor of capacity adequate to current and reasonably anticipated requirements for the carriage of passengers, mail and cargo, originating from or destined for the territory of the Contracting

stimmungsort im Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht des bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei, Beförderungen im internationalen Verkehr zwischen einem Punkt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und dritten Staaten auszuführen, hat sich an dem Grundsatz auszurichten, daß derartige Verkehr ergänzenden Charakter hat und daß das Beförderungsangebot in Beziehung zu stehen hat

- a) zu der Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten zwischen dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat, und den Punkten auf den festgelegten Linien,
- b) zu den in den durchflogenen Gebieten bestehenden Verkehrserfordernissen unter Berücksichtigung sonstiger Verkehrsdienste der Luftfahrtunternehmen der Staaten, die in diesen Gebieten gelegen sind, und
- c) zu den Erfordernissen der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Abs. 1 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Entsprechendes gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Abs. 1 festgelegten Linien von dem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Höhe der Tarife für den vereinbarten Linienverkehr ist angemessen festzusetzen, und zwar unter gebührender Berücksichtigung aller einschlägigen Faktoren, einschließlich der Kosten des Betriebs, eines angemessenen Gewinns, der Art der Dienste auf den verschiedenen Linien (z. B. Geschwindigkeit und Unterbringung) und der Tarife anderer Luftfahrtunternehmen für irgendeinen Teil der festgelegten Linie. Die Tarife werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Tarife sind nach Möglichkeit für jede der festgelegten Linien zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen zu vereinbaren, erforderlichenfalls nach Beratung mit anderen Luftfahrtunternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben; diese Vereinbarung ist nach Möglichkeit auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) zu treffen. Die demgemäß vereinbarten Tarife bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien; sie sind diesen Behörden spätestens dreißig Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten vorzulegen.

(3) Können sich die bezeichneten Unternehmen nicht auf diese Tarife einigen oder kann aus einem anderen Grund ein Tarif nicht nach Absatz 2 vereinbart werden, so versuchen die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien, den Tarif in gegenseitigem Einvernehmen festzusetzen.

Party designating the airline. The right of the designated airline of either Contracting Party to embark or to disembark at the point in the territory of the other Contracting Party international traffic destined for or coming from third countries shall be in accordance with the principles that such traffic will be of a supplementary character and capacity shall be related to:

- a) traffic demands between the territory of the Contracting Party designating the airline and the points on the specified routes;
- b) traffic requirements of the areas through which the airline passes, after taking account of other transport services established by airlines of the States comprising the area, and
- c) the requirements of through airline operation.

Article 8

(1) The designated airlines shall communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties not later than thirty days prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement, the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. This shall likewise apply to later changes.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by the designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 9

(1) The tariffs on any agreed service shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors including cost of operation, reasonable profit, characteristics of service on the various routes (such as standards of speed and accommodation) and the tariffs of other airlines for any part of the specified route. These tariffs shall be fixed in accordance with the following provisions of this Article.

(2) The tariffs referred to in paragraph (1) of this Article shall, if possible, be agreed in respect of each of the specified routes between the designated airlines concerned in consultation when necessary with other airlines operating over the whole or part of that route, and such agreement shall, wherever possible, be reached through the rate-fixing machinery of the International Air Transport Association. The tariffs so agreed shall be subject to the approval of the aeronautical authorities of both Contracting Parties and shall be submitted to these authorities at least 30 days prior to the proposed date of introduction of these tariffs.

(3) If the designated airlines cannot agree on any of these tariffs, or if for some reason a tariff cannot be agreed in accordance with the provisions of paragraph (2) of this Article, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall try to determine the tariff by agreement between themselves.

(4) Können sich die Luftfahrtbehörden über die Genehmigung eines ihnen nach Absatz 2 vorgelegten Tarifs oder über die Festsetzung eines Tarifs nach Absatz 3 nicht einigen, so wird die Angelegenheit den Vertragsparteien zur Beilegung nach Artikel 11 vorgelegt.

(5) Bis zur Festsetzung der Tarife nach diesem Artikel bleiben die bereits gültigen Tarife in Kraft.

Artikel 10

(1) Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet je nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Fragen herbeizuführen.

(2) Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags. Jede als Ergebnis einer derartigen Konsultation vereinbarte Änderung dieses Abkommens bedarf der Genehmigung jeder Vertragspartei nach Maßgabe ihres verfassungsmäßigen Verfahrens; sie tritt am Tage eines diese Genehmigungen bestätigenden diplomatischen Notenwechsels in Kraft.

Artikel 11

(1) Bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens bemühen sich die Vertragsparteien zunächst, diese durch Verhandlung beizulegen.

(2) Erzielen die Vertragsparteien innerhalb von sechzig Tagen keine Beilegung im Verhandlungsweg, so legen sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vor. Das Schiedsgericht setzt sich folgendermaßen zusammen:

- a) Jede Vertragspartei ernennt einen Schiedsrichter; unterläßt es eine Vertragspartei, ihren Schiedsrichter zu ernennen, so wird der Schiedsrichter auf Antrag der anderen Vertragspartei vom Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ernannt.
- b) Der dritte Schiedsrichter, der Staatsangehöriger eines dritten Staates und Obmann des Schiedsgerichts sein soll, wird
 - i) durch Vereinbarung zwischen den beiden Vertragsparteien ernannt oder,
 - ii) wenn eine Vereinbarung binnen sechzig Tagen nicht zustande kommt, auf Antrag einer Vertragspartei vom Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bestellt.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Über-

(4) If the aeronautical authorities cannot agree on the approval of any tariff submitted to them under paragraph (2) of this Article or on the determination of any tariff under paragraph (3), the matter shall be referred to the Contracting Parties for settlement in accordance with the provisions of Article 11 of the present Agreement.

(5) Pending determination of the tariffs in accordance with the provisions of this Article, the tariffs already in force shall prevail.

Article 10

(1) Exchange of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close co-operation and agreement in all matters pertaining to the application of the present Agreement.

(2) Each Contracting Party may at any time request consultations with the other Contracting Party for the purpose of amending the present Agreement or the Route Schedule. Such consultations shall begin within a period of 60 days from the date of receipt of such request. Any amendment to the present Agreement agreed to as a result of such consultation shall be approved by each Contracting Party in accordance with its constitutional procedures and shall enter into force on the date of exchange of diplomatic notes indicating such approval.

Article 11

(1) If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of the present Agreement, the Contracting Parties shall in the first place endeavour to settle it by negotiation between themselves.

(2) If the Contracting Parties fail to reach within 60 days a settlement by negotiations they shall refer the dispute for decision to an arbitration tribunal. The arbitration tribunal shall be composed as follows:

- a) each Contracting Party shall nominate an arbitrator; if one Contracting Party fails to nominate its arbitrator, such arbitrator shall be nominated by the President of the Council of the International Civil Aviation Organization at the request of the other Contracting Party.
- b) the third arbitrator, who shall be a national of a third state and who shall preside the arbitral tribunal, shall be nominated either:
 - i) by agreement between the Contracting Parties; or
 - ii) if within 60 days the Contracting Parties do not so agree by appointment of the President of the Council of the International Civil Aviation Organization by the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on both Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member as well as of its representation in the arbitral proceedings; the cost of the Chairman and any other costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 12

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent

einkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 10 Abs. 2 statt.

Artikel 13

Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. Die Kündigung ist gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation abschriftlich mitzuteilen. Dieses Abkommen tritt sodann 12 Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern die Kündigung nicht vor Ablauf dieser Frist durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien zurückgenommen wird. Wird der Eingang der Kündigung von der anderen Vertragspartei nicht bestätigt, so gilt die Kündigung als 14 Tage nach Empfang der Abschrift durch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation eingegangen.

Artikel 14

Dieses Abkommen, der Fluglinienplan und alle ihre Änderungen werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung übermittelt.

Artikel 15

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation durch jede Vertragspartei nach Maßgabe ihrer verfassungsmäßigen Verfahren; es tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses in 6 Urschriften, je zwei in deutscher, arabischer und englischer Sprache, gefertigte Abkommen in Kuwait am 30. April 1974 unterschrieben; der deutsche und der arabische Wortlaut sind gleichermaßen verbindlich. Bei unterschiedlicher Auslegung dieser beiden Wortlaute ist der englische Wortlaut maßgebend.

to which the present Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention, shall take place in accordance with paragraph 2 Article 10 of the present Agreement.

Article 13

Either Contracting Party may at any time notify the other of its decision to terminate the present Agreement. A copy of the notice shall be sent simultaneously to the International Civil Aviation Organization. If such notice is given, the present Agreement shall terminate twelve months after the date of receipt by the other Contracting Party of the notice to terminate, unless by agreement between the Contracting Parties the notice under reference is withdrawn before the expiry of that period. If the other Contracting Party fails to acknowledge receipt, notice shall be deemed to have been received fourteen days after the date of receipt by the International Civil Aviation Organization of its copy.

Article 14

The present Agreement, the Route Schedule and any amendment thereto shall be registered with the International Civil Aviation Organization.

Article 15

The present Agreement shall be subject to ratification by each Contracting Party in accordance with its constitutional procedures and the Agreement shall come into force 30 days after the exchange of instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized by their respective Governments, have signed at Kuwait this 30th day of April, 1974, the present Agreement, done in six originals 2 each in the German, Arabic and English languages; the German and Arabic texts being equally authentic. The English text shall prevail in the event of any discrepancy in interpretation of the two other texts.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

F r e u n d t

Für den Staat Kuwait
For the State of Kuwait

Mahmoud Mohammed Al Awadhi

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 20. Juli 1978
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen
für Sachleistungen aus Anlaß von
Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten**

Vom 11. April 1979

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 3 und des Artikels 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. 1974 I S. 1177) wird mit Zustimmung des Bundesrats verordnet:

Artikel 1

Das in Luxemburg am 20. Juli 1978 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Sachleistungen aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die den deutschen Trägern der Krankenversicherung durch die Gewährung von Sachleistungen in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Kosten, auf deren Erstattung nach Artikel 1 Abs. 1 des Abkommens verzichtet wird, sind auf die deutschen Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres, ohne Rentner, umzulegen. Die Umlage führt der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle durch.

(2) Führt der Erstattungsverzicht für einen deutschen Träger der Krankenversicherung zu einer außergewöhnlichen Entlastung, so kann der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den übrigen Spitzenverbänden der Träger der Krankenversicherung diesem Träger auferlegen, den Betrag der außergewöhnlichen Entlastung dem Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle zur Minderung der Gesamtumlage nach Absatz 1 zuzuführen.

Artikel 3

(1) In den Fällen, in denen in der Bundesrepublik Deutschland ein Träger der Krankenversicherung Sachleistungen wegen der Folgen eines vom luxemburgischen zuständigen Träger zu entschädigenden Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gewährt, haben ihm die deutschen Träger der Unfallversicherung die Kosten für diese Leistungen in entsprechender Anwendung des § 1504 der Reichsversicherungsordnung zu erstatten.

(2) Die Kosten werden zu gleichen Teilen auf die Träger der Unfallversicherung umgelegt. Dies gilt auch für die Aufwendungen, die der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. erbracht hat. Die Erstattung und Umlage führt der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. als Verbindungsstelle für die Unfallversicherung durch.

Artikel 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auch im Land Berlin.

Artikel 5

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Abkommen in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 11. April 1979

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen
für Sachleistungen aus Anlaß von
Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
au sujet de la renonciation au remboursement de prestations
en nature en raison d'accidents du travail
et de maladies professionnelles

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg,

AUF GRUND von Artikel 63 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern,

VU l'article 63 paragraphe 3 du règlement (CEE) n° 1408/71 du Conseil, du 14 juin 1971, relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté;

IN DER ERWAGUNG, daß die Aufwendungen, die die deutschen und luxemburgischen Träger einander gemäß Artikel 63 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zu erstatten haben, annähernd gleich sind,

CONSIDÉRANT que les montants que les institutions allemandes et luxembourgeoises ont à rembourser mutuellement conformément à l'article 63 paragraphe 1 du règlement (CEE) n° 1408/71 sont approximativement les mêmes;

IN DEM WUNSCH, die Verwaltungsarbeit der deutschen und luxemburgischen Träger zu vereinfachen —

DÉSIREUX de simplifier le travail administratif des institutions allemandes et luxembourgeoises;

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Artikel 1

Article 1^{er}

(1) Auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen, die bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gemäß Artikel 52 und Artikel 55 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, gewährt werden, wird zwischen den deutschen und luxemburgischen Trägern gegenseitig verzichtet.

(1) Dans les relations réciproques entre les institutions allemandes et luxembourgeoises il est renoncé au remboursement des dépenses pour prestations en nature qui en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles sont servies conformément aux articles 52 et 55 paragraphe 1 du règlement (CEE) n° 1408/71 du Conseil, du 14 juin 1971, relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Leistungen an Personen, die sich deshalb in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats begeben haben, um dort Sachleistungen gemäß Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung zu erhalten.

(2) Le paragraphe 1 ne s'applique pas aux prestations servies à des personnes qui se sont rendues sur le territoire de l'autre Etat contractant afin d'y recevoir des prestations en nature conformément à l'article 55 paragraphe 1 alinéa c) du règlement.

Artikel 2

Article 2

Hat ein Träger eines der beiden Vertragsstaaten Sachleistungen gewährt, auf deren Erstattung nach Artikel 1 Absatz 1 verzichtet wird, so gilt die Person, der die Leistungen gewährt worden sind, für etwaige Ansprüche gegen haftende Dritte insoweit als Versicherter des Trägers des Vertragsstaats, der die Sachleistungen gewährt hat.

Lorsqu'une institution de l'un des deux Etats contractants a servi des prestations en nature au remboursement desquelles il est renoncé conformément à l'article 1 paragraphe 1, la personne à laquelle les prestations ont été servies est considérée pour des droits éventuels à l'encontre de tiers responsables comme assurée de l'institution de l'Etat contractant qui a servi les prestations en nature.

Artikel 3

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 4

Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres von seinem Inkrafttreten an geschlossen. Es gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern es nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1978 an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Luxemburg am 20. Juli 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 3

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 4

Le présent Accord est conclu pour la durée d'une année à partir de son entrée en vigueur. Il sera renouvelé tacitement d'année en année, sauf dénonciation par l'un des Etats contractants qui devra être notifiée par écrit trois mois avant l'expiration du terme.

Article 5

Le présent Accord entrera en vigueur, avec effet au 1^{er} janvier 1978, à la date à laquelle les deux Gouvernements se sont informés réciproquement que les conditions prévues par leur législation nationale pour son entrée en vigueur sont remplies.

FAIT à Luxembourg, le 20 juillet 1978, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
Dr. H.-W. Meyer-Lohse

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
Gaston Thorn
Benny Berg

Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 3/79 — Zollkontingent für Walzdraht — 1. Halbjahr 1979)

Vom 19. April 1979

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch das Gesetz vom 3. August 1973 (BGBl. I S. 940) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung erhalten im Anhang Zollkontingente/2 die Tarifstellen aus 73.15 A V b) 1 und aus 73.15 B V b) 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1979 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. April 1979

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
E. Franke

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Anlage
(zu § 1)

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz	
		autonom	vertragsmäßig
1	2	3	4
aus 73.15 A V b) 1 aus 73.15 B V b) 1	<p>Walzdraht, nur warm gewalzt, mit einem Durchmesser von 4,50 bis 13 mm:</p> <p>a) aus Qualitätskohlenstoffstahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,60 bis 1,05 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor insgesamt von 0,05 Gewichtshundertteilen oder weniger, an Silizium von 0,15 bis 0,30 Gewichtshundertteilen, an sonstigen Bestandteilen, ausgenommen Mangan und Chrom, von 0,10 Gewichtshundertteilen oder weniger,</p> <p>b) aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,40 bis 0,65 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je weniger als 0,035 Gewichtshundertteilen, an Silizium von 0,15 bis 0,30 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,60 bis 0,90 Gewichtshundertteilen, an Chrom von 0,15 bis 1,10 Gewichtshundertteilen, an Vanadin von 0,15 bis 0,30 Gewichtshundertteilen und an Molybdän von 0,30 Gewichtshundertteilen oder weniger,</p> <p>c) aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,50 bis 0,60 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je weniger als 0,035 Gewichtshundertteilen, an Silizium von 1,35 bis 1,60 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,60 bis 0,80 Gewichtshundertteilen und an Chrom von 0,55 bis 0,80 Gewichtshundertteilen,</p> <p>8 500 t vom 1. Januar 1979 bis 30. Juni 1979, zum Herstellen von Federn, Nadeln und sog. Klaviersaitendraht im Zollgebiet bestimmt (EGKS)</p>	frei	—

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,
von internationaler Bedeutung**

Vom 30. März 1979

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für die

Deutsche Demokratische
Republik am 30. November 1978

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Juni 1978 (BGBl. II S. 882).

Bonn, den 30. März 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hermes

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Spangenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationalen Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See**

Vom 4. April 1979

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017) ist nach seinem Artikel IV Abs. 3 für

Italien am 11. Januar 1979
Jemen (Arabische Republik) am 6. März 1979
Trinidad und Tobago am 15. Februar 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Januar 1979 (BGBl. II S. 44).

Bonn, den 4. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 4. April 1979

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1969 II S. 249) wird nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Jemen (Arabische Republik) am 6. Juni 1979
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1978 (BGBl. II S. 1322).

Bonn, den 4. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über strafbare und bestimmte andere an Bord
von Luftfahrzeugen begangene Handlungen**

Vom 6. April 1979

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Bangladesch	am	23. Oktober 1978
Botsuana	am	16. April 1979
China	am	12. Februar 1979
Gambia	am	4. April 1979
Grenada	am	26. November 1978
Kongo	am	11. Februar 1979
Nepal	am	15. April 1979
Seschellen	am	4. April 1979
Sri Lanka	am	28. August 1978

in Kraft getreten.

China hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt, daß es sich durch Artikel 24 Abs. 1 des Abkommens nicht gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 1978 (BGBl. 1979 II S. 9).

Bonn, den 6. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die zivilrechtliche Haftung
bei der Beförderung von Kernmaterial auf See**

Vom 9. April 1979

Das Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See (BGBl. 1975 II S. 957, 1026) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Jemen (Arabische Republik) am 4. Juni 1979
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Februar 1976 (BGBl. II S. 307).

Bonn, den 9. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße**

Vom 12. April 1979

Das Europäische Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) — BGBl. 1969 II S. 1489 — ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für

Finnland am 28. März 1979
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1976 (BGBl. II S. 448).

Bonn, den 12. April 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 338. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. März 1979, ist im Bundesanzeiger Nr. 72 vom 12. April 1979 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 72 vom 12. April 1979 kann zum Preis von 2,25 DM (1,65 DM + 0,60 DM Versandkosten einschl. 6 % Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.